

Gemeinderat Mettlach beschließt mehr Mittel für Ortsräte ab 2025

Der Gemeinderat Mettlach hat am 4. September 2024 einstimmig beschlossen, die Ortsratsbudgets ab 2025 zu erhöhen, um lokale Projekte zu fördern.

In einer wegweisenden Entscheidung hat der Gemeinderat von Mettlach am 4. September 2024 die Weichen für eine verstärkte finanzielle Autonomie der Ortsräte gestellt. Mit einer einstimmigen Zustimmung zu einem Antrag der CDU-Fraktion wird ab dem Haushaltsjahr 2025 eine signifikante Erhöhung der Ortsratsbudgets in Kraft treten. Die Initiative zielt darauf ab, den Ortsräten mehr Verantwortung zu übertragen und ihnen dadurch die Möglichkeit zu geben, eigenständig lokale Projekte zu realisieren.

Der Fraktionsvorsitzende Michael Thieser unterstrich in seiner Rede die bereits bemerkenswerte Arbeit der Ortsvorsteher und Ortsräte. Diese engagierten Bürger leisten Großartiges, sehen sich jedoch oft durch die strengen Budgetvorgaben in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt. Der neue Beschluss ermöglicht es den Ortsräten, Projekte bis zu einem Wert von 5.000 Euro direkt in Absprache mit der Verwaltung umzusetzen. Dies soll nicht nur die Entscheidungsprozesse optimieren, sondern auch das ehrenamtliche Engagement in den jeweiligen Ortsteilen ankurbeln.

Finanzielle Hebel für lokale Vorhaben

Ein herausragendes Beispiel für die positiven Auswirkungen dieser Maßnahme ist der Ortsrat in Wehingen, der künftig über

ein Jahresbudget von 12.000 Euro statt der bisherigen 1.200 Euro verfügen kann. Diese drastische Erhöhung wird es den Ortsräten ermöglichen, deutlich schneller auf lokale Bedürfnisse zu reagieren und Gemeinschaftsprojekte intensiver zu unterstützen. Ein weiterer Punkt der Neuerung ist die direkte Vergabe von Zuschüssen an Vereine durch die Ortsräte bis zu einem Betrag von 2.000 Euro, was die Unterstützung lokaler Initiativen erheblich erleichtert.

Die CDU Mettlach betrachtet dieses Modell als Chance für eine bürgernahe, flexible Kommunalpolitik und verweist dabei auf die positiven Erfahrungen der benachbarten Gemeinde Losheim am See, wo ein ähnliches Vorgehen bereits erfolgreich umgesetzt wurde. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Manuel Kerber äußerte seine Zufriedenheit über den einstimmigen Beschluss und hob die Bedeutung der Maßnahme für die künftige Gestaltung der dörflichen Infrastruktur hervor.

Dieses Vorgehen beansprucht nicht nur mehr finanzielle Freiheit für die Ortsräte, sondern auch eine Stärkung des demokratischen Prozesses in den Gemeinden. Indem die lokalen Entscheidungsträger die Möglichkeit erhalten, ihre Budgets eigenverantwortlich zu verwalten, rückt die Gemeindegearbeit näher an die Bedürfnisse der Einwohner und fördert ein aktives Mitgestalten. Die Erwartung ist, dass durch diese Maßnahmen nicht nur die Effizienz der lokalen Verwaltung gesteigert wird, sondern auch das Gemeinschaftsgefühl gefördert und die Lebensqualität der Bevölkerung erhöht werden kann.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de